

# Antrag Nr. 14-O-26-0097

## AUF-Fraktion

---

### Betreff:

Finanzierung des Projekts „Chance 50 plus“ auf Dauer sichern! (AUF)

### Antragstext:

Der Ortsbeirat möge beschließen:

1. Der Ortsbeirat Mainz-Kastel anerkennt die bisherigen Leistungen des Projekts „Chance 50 plus“ und setzt sich für die Fortsetzung der erfolgreichen Arbeit über das Jahr 2015 ein.
2. Der Magistrat wird darin bestärkt, seine Anstrengungen zur Sicherung der Finanzierung über das Jahr 2015 hinaus fortzuführen und zu intensivieren.
3. Der Magistrat möge den Ortsbeirat zeitnah über seine diesbezüglichen Aktivitäten unterrichten.

Der Beschäftigungspakt „Chance 50 plus“ schlägt Brücken zwischen Arbeitssuchenden ab 50 Jahren und Unternehmen in der Region. Das Projekt „Chance 50 plus“, eine aus Bundesmitteln geförderte Außenstelle der kommunalen Arbeitsvermittlung in der Ortsverwaltung Kastel/Kostheim mit 20 Beschäftigten, steht auf der Kippe. Wie der lokalen Presse zu entnehmen war, ist zu befürchten, dass die jährliche Förderung aus Bundesmitteln Ende 2015 ausläuft. Damit wäre der Bestand des seit 2010 erfolgreich arbeitenden Projekts akut gefährdet. Wenn dies so geschähe, wäre das ein herber Rückschlag für die kommunale Arbeitsmarktpolitik. In Zeiten des demographischen Wandels ist es erforderlich, gerade ältere Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt zu vermitteln bzw. dort zu halten.

Noch im April 2014 hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Unternehmen ausgezeichnet, die sich im besonderen Maße erfolgreich um die Schaffung von altersgerechten Arbeitsplätzen für über fünfzigjährige verdient gemacht haben. Das ist gut und richtig. Ebenso gut und richtig ist es, ältere Arbeitnehmer, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht oder die langzeitarbeitslos sind, für den Arbeitsmarkt zu aktivieren. Das genau ist die Aufgabe des Projektes Chance 50 plus, genau diese Aufgabe wird erfolgreich wahrgenommen. Die dauerhafte und zuverlässige Finanzierung des Projektes muss gewährleistet werden. Eine Regelfinanzierung aus anderen sozialen Töpfen des Bundes (z.B. SGB II) wäre möglich und ist anzustreben.

Mainz-Kostheim, 15.09.2014